

Mitteilungsblatt 13.06.2020 + 19.06.2020

Stellungnahme der FDP-Gemeinderatsfraktion zur Einkommensstaffelung bei den Kindergartengebühren – Teil 1

Liebe Hirschbergerinnen und Hirschberger,
da das Thema Einkommensstaffelung bei den Kindergartengebühren auch im Nachgang zur letzten Gemeinderatssitzung hohe Wellen geschlagen hat, hier unsere Stellungnahme im Wortlaut.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir entscheiden heute über die Änderung der Praxis wie wir unsere Kindergartengebühren zukünftig gegenüber unseren Eltern abrechnen wollen.

Ziel soll es sein, die Kindergartengebühren sozialer zu gestalten. Dazu muss man anmerken, dass sich das System, das wir seit Jahren einsetzen sich durchaus bewährt hat und es von Seiten der Eltern bisher keine nennenswerte Kritik an unserer Praxis gab.

Nun stellt sich die Frage ob unsere bisherige Gebührenordnung unsozial ist oder bestimmte Personengruppen benachteiligt.

Ich möchte an dieser Stelle klarstellen: Die FDP Hirschberg bekennt sich ganz klar zur Förderung von Familien. Kinder sind und bleiben unsere Zukunft. Es ist unsere Aufgabe Sorge dafür zu tragen, dass Hirschberg eine kinderfreundliche Gemeinde bleibt. Das haben wir bisher auch schon bewiesen. Sei es mit einem kleinen Familienbonus beim Neubaugebiet Sterzwinkel oder durch die laufende Bezuschussung der Kosten der Kinderbetreuung durch Steuermittel. Auch bekennen wir uns klar zur bestmöglichen Instandhaltung der Hirschberger Spielplätze. Eine Praxis die zuletzt von Seiten der GLH heftig kritisiert wurde. Wir sehen das Geld in unseren Spielplätzen deutlich besser platziert als beispielsweise in einem Sozialpass dessen Nutzung völlig fraglich ist.

Aber nun zurück zu der Berechnung der Kindergartengebühren.

Um hier zu einer Entscheidung zu kommen war es für uns als FDP Hirschberg wichtig zu erörtern in wieweit es überhaupt einen Handlungsbedarf gibt.

Für uns ist hierbei mitentscheidend, wie sind denn die Kindergartengebühren in unseren Nachbarkommunen? Wo liegt Hirschberg denn im Vergleich mit den Kommunen: Schriesheim, Heddesheim, Weinheim, Hemsbach und Laudenbach?

Hierzu haben wir uns die Mühe gemacht und versucht die Kindergartengebühren für 1 & 2 Kind Familien anhand der für 2019 gültigen Gebührenordnungen der erwähnten Gemeinden zu vergleichen.

Der Referenzwert dabei war unser derzeitiger Betrag von 234 € für 1 Kind Familien und 176 € für 2 Kind Familien.

Das Ergebnis ist durchaus erwähnenswert.

Die Gemeinden Schriesheim & Weinheim sind mit 242 € bzw. 246 € bei Ein-Kind Familien durchaus vergleichbar.

Laudenbach ist mit 335 € die teuerste betrachtete Gemeinde, Hemsbach mit 195 € - 316 € im besten Fall ca. 17% günstiger für Familien mit einem Kind.

Eine Sonderstellung nimmt die Gemeinde Heddesheim ein. Diese praktiziert schon heute eine soziale Staffelung in ihren Kindergartengebühren. So zahlen in

Heddesheim einkommensschwache Familien, also mit einem Familieneinkommen bis 36.000 € brutto Jahreseinkommen, lediglich 175 €.

Also: Handlungsbedarf für Hirschberg?

Wir haben uns zusätzlich noch die Frage gestellt, kann Heddesheim den anzustrebenden Kostendeckungsgrad von 20% durch Elternbeiträge erreichen?

Anhand der uns vorliegenden Zahlen dürfte dies zwar der Fall sein, dass aber zu Lasten aller anderen Familien. Denn schon bereits ab einem Familienbrutto von 36.001 € gilt in Heddesheim ein Beitrag von 245 €, ab 54.000 € sogar 295 €. Ob man in unserer Region mit 54.000 € Familieneinkommen bereits zu den „Reichen“ gehört, darf jeder selbst entscheiden.

Stellungnahme der FDP-Gemeinderatsfraktion zur Einkommensstaffelung bei den Kindergartengebühren – Teil 2

Und selbst wenn diese Beiträge nicht ausreichen würden 80% der Kosten der Kinderbetreuung zu decken, so hätte Heddesheim die Möglichkeit dank seiner florierenden Gewerbegebiete und der massiven Ausweisung von Neubaugebieten das durch ein Mehr an Steuermitteln auszugleichen.

Eine Möglichkeit die Hirschberg, auch wegen der Blockadehaltung der GLH zu diesen Themen, nicht hat.

Man kann also festhalten. Die Kindergartengebühren in Hirschberg sind bereits heute ohne eine Neustrukturierung schon eine der günstigsten in der Region.

Auch behaupten SPD und GLH in ihrem kürzlich veröffentlichten Pressebericht wir würden uns gerade gegenüber Eltern in Pflegeberufen besonders kalt und verantwortungslos mit unserer Haltung zeigen.

Eine Krankenschwester oder ein Krankenpfleger in Baden-Württemberg verdient im Schnitt zwischen 32.800 – 36.200 € Brutto im Jahr. Zulagen sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Wenn man nun von normalen Familienverhältnissen mit zwei Elternteilen ausgeht, werden selbst Familien bei denen beiden Elternteile in einem Kranken- oder Pflegeberuf arbeiten, nur in Einzelfällen durch die neue geplante Einkommensstaffelung profitieren. Denn ab 76.800 € brutto würde bereits der heutige Beitrag greifen. Bei alleinerziehenden Elternteilen stellt sich für uns die Frage wie Unterhaltszahlungen oder Einkünfte eines neuen Partners zu berücksichtigen wären, damit eine Einkommensstaffelung auch wirklich sozial gerecht ist.

Daher denken wir, dass wir mit der Förderung von kinderstarken Familien bereits heute den Fokus an der richtigen Stelle setzen. Denn je besser wir den Geburtdurchschnitt von 1,6 Kindern erhöhen können, desto schneller können wir unser Rentensystem vor dem sicheren Kollaps retten. Da ist unser Gebührensystem ein winziges Rädchen in dieser großen Maschinerie.

Einkommensschwache Familien haben bereits heute die Möglichkeit einer Förderung der Kindergartengebühren über das Jugendamt. Sollte dies an der ein oder anderen Stelle scheitern oder zu lange dauern haben wir in Hirschberg mit dem Verein „Hirschberg hilft“ eine Institution, die hier schnell und unbürokratisch helfen kann und dies auch gerne macht.

Eine Einkommensstaffelung bedeutet für die Gemeinde einen enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, möchte man das einigermaßen gerecht gestalten. Detailfragen wie: Die Einkommensberechnung von Patchwork Familien, oder wann müssen

Änderungen der Arbeitsstunden eines Elternteils kommuniziert werden, zeigen, dass hier enormer Diskussionsbedarf entstehen würde.

Somit ist für uns die Gemeinde der völlig falsche Ansprechpartner, wenn es darum geht die Kindergartengebühren für unsere Bürger zu senken.

Vielmehr muss man diese Forderung an unsere grün-schwarze Landesregierung stellen. Wieso werden die Mittel aus dem Gute-KITA-Gesetz nicht 1:1 dafür verwendet die Elternbeiträge zu senken? Wieso bezahlt Baden-Württemberg über den Länderfinanzausgleich und damit auch unsere Bürger kostenlose Kindergartenplätze in Berlin, Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz?

Wir sehen hier eher ein Versäumnis der Landesregierung als ein schlechtes Gebührensystem der Gemeinde. Wenn man also ernsthaft an einer Entlastung für Hirschberger Bürger interessiert ist, sollten die Parteien mit Regierungs- und entsprechende Ministerialverantwortung erst einmal ihren Landtagsabgeordneten Druck machen, bevor man Hirschberger Bürger noch stärker als ohnehin schon belastet.

Daher lehnen wir als FDP Fraktion eine Einkommensstaffelung ab und folgen damit dem Beschlussvorschlag.